

Datenschutzinformation gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Verantwortlichen (Ziffer 1) und die Ihnen nach aktuellem Datenschutzrecht zustehenden Rechte:

1. VERANTWORTLICH FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Rechtsanwalt Silahan Gezer, Am Gewerbepark 4, 64823 Groß-Umstadt, s.gezer@concept-law.de

2. DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER DES VERANTWORTLICHEN

Wie 1.

3. ZWECKE UND RECHTSGRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG

3.1 Einwilligung

Sofern Sie uns Ihre freiwillige Einwilligung für die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO erteilt haben, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

3.2 Vertrag

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke (Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Mandats- / Beratungsvertrag, Korrespondenz, Abwicklung, Abrechnung des Mandats) ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Soweit dafür besondere Kategorien personenbezogener Daten erforderlich sind, holen wir Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) i. V. m. Art. 7 DSGVO ein.

3.3 Gesetzliche Verpflichtung

Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten wir teilweise auch zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesen Fall die jeweilige gesetzliche Regelung i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO. Dies kann insbesondere sein:

- Auskunfts- und Aufbewahrungspflichten;
- Datenschutzpflichten;
- Geldwäscheprävention nach dem Geldwäschegesetz;
- Informations- und Mitteilungspflichten;
- Identitätsfeststellung und Interessenkollisionsprüfung;

3.3 Überwiegendes berechtigtes Interesse

Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten wir teilweise auch, um unsere überwiegenden berechtigten Interessen zu wahren (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO). Dies kann insbesondere sein:

- Aktualisierung von Adressdaten;
- Außergerichtliche und gerichtliche Forderungsbeitreibung für den Fall der Nichtzahlung durch den Mandanten (auch über Dritte)
- Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Forderungseinziehung und -durchsetzung, Buchhaltung, Rechts- und Steuerberatung;
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs;
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts und zur Gebäudesicherheit
- Rechtswidrige Berufsausübung in der Funktion als unabhängiges Organ der Rechtspflege;

4. KATEGORIEN DER EMPFÄNGER DER PERSONENBEZOGENEN DATEN

Im Rahmen der Mandatsbearbeitung und -erfüllung können, soweit erforderlich, personenbezogene Daten an folgende Empfänger übermittelt werden:

- Abtretungsempfänger
- Arbeitgeber
- Auskunfteien
- Banken und (Rechtschutz-) Versicherungen
- Behörden (z. B. Einwohnermeldeamt, Polizei, Staatsanwaltschaft)
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Datenschutzbeauftragte
- Gegner und Gegnervertreter
- Gerichte und Vollstreckungsorgane
- Gläubiger des Betroffenen
- Inkassounternehmen
- Prozess- und Verfahrensbeteiligte (z. B. Gegner, Streithelfer, Zeugen)
- Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte der Gegner, Schuldner, Drittschuldner, Dritten
- Rechtsanwälte, Unterbevollmächtigte, Verkehrsanwälte
- Register (z. B. Unternehmensregister, Handelsregister)
- Schuldner und Drittschuldner
- Sicherungsgeber und -nehmer
- Steuerberater

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Teil externer Dienstleister, wie z. B. Callcenter, Sekretariatsservice, IT-Anbieter, IT-Support. Soweit ein Auftragsverarbeitungsverhältnis besteht, haben wir mit diesem einen Auftragsverarbeitungsvertrag zur Sicherstellung der Pflichten aus Art. 28 DSGVO geschlossen.

5. ABSICHT, DIE PERSONENBEZOGENEN DATEN AN EIN DRITTLAND ODER EINE INTERNATIONALE ORGANISATION ZU ÜBERMITTELEN

Eine aktive Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

6. KRITERIEN FÜR DIE FESTLEGUNG DER DAUER, FÜR DIE DIE PERSONENBEZOGENEN DATEN GESPEICHERT WERDEN

Die Kriterien zur Festlegung der Dauer der Speicherung bemessen sich danach, ob die Verarbeitung nach Art. 6 DSGVO zulässig ist. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete und ggf. eingeschränkte – Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung berufs- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen: Nach gesetzlichen Vorgaben erfolgt die Aufbewahrung für 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde gemäß § 50 Bundesrechtsanwaltsordnung - BRAO (für Handakten) sowie für 10 Jahre gemäß § 147 Abs. 1 Abgabenordnung - AO (Bücher, Aufzeichnungen, Lageberichte, Buchungsbelege, Handels- und Geschäftsbriefe, für Besteuerung relevante Unterlagen, etc.);
- Erfüllung der gesetzlichen Pflichten gemäß § 43a Abs. 4 Bundesrechtsanwaltsordnung – BRAO sowie gemäß § 3 Berufsordnung für Rechtsanwälte – BORA (Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen);
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften: Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre, unter besonderen Umständen bis zu 30 Jahren.

7. BETROFFENENRECHTE

Als betroffene Person haben Sie grundsätzlich folgende Rechte:

- Eine **Bestätigung** darüber zu verlangen, ob Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden gemäß Art. 15 DSGVO;
- **Auskunft** über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen gemäß Art. 15 DSGVO. Ausnahmen ergeben sich aus § 29 Abs. 1 S. 2 BDSG i.V.m. § 43a Abs. 2 BRAO);
- **Berichtigung** der Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen gemäß Art. 16 DSGVO;
- **Löschung** der Sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen gemäß Art. 17 DSGVO. Ausnahmen ergeben sich aus Art. 17 Abs. 1 lit. a und Abs. 3 lit. b DSGVO);
- **Einschränkung** der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. gemäß Art. 18 DSGVO. Ausnahmen ergeben sich aus Art. 18 Abs. 2 DSGVO;
- **Übertragbarkeit**: Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Weiter haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen durch uns übermitteln zu lassen gemäß Art. 20 DSGVO;
- **Widerruf** Ihrer erteilten Einwilligung, wenn die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. a oder Art. 9 (2) lit. a DSGVO beruht. Die Datenverarbeitung bis zum Widerruf bleibt dabei rechtmäßig. Der Widerruf gilt nur für die Zukunft. Die Voraussetzungen hierzu finden Sie in Art. 7 (3) DSGVO;
- **Beschwerde** bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt gemäß Art. 77 DSGVO. Zuständig für den Verantwortlichen: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden, <https://datenschutz.hessen.de>

EINZELFALLBEZOGENES WIDERSPRUCHSRECHT

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die wir aufgrund unseres überwiegenden berechtigten Interesses verarbeiten (Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO), Widerspruch mit Wirkung für die Zukunft einzulegen gem. Art. 21 DSGVO. Ausnahmen ergeben sich aus Art. 21 Abs. 1 S. 2 DSGVO.

WIDERSPRUCHSRECHT GEGEN EINE VERARBEITUNG VON DATEN FÜR ZWECKE DER ANWALTSBEWERTUNGEN

In Einzelfällen verarbeiten und verwenden wir Ihre personenbezogenen Daten, um Ihnen per E-Mail eine Aufforderung zur Anwaltsbewertung zu kommen zu lassen, die ausschließlich im Zusammenhang mit Ihrem Mandat steht. Sie können hiergegen jederzeit an die in Ziffer 1 genannte Anschrift mit Wirkung für die Zukunft widersprechen, ohne dass hierfür weitere Kosten als die jeweiligen Übermittlungskosten nach den Basistarifen anfallen. Widersprechen Sie der Verarbeitung zum Zwecke der Anwaltsbewertung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten mit Wirkung für die Zukunft nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

8. VERPFLICHTUNG ZUR BEREITSTELLUNG VON DATEN

Aufgabe unserer Kanzlei ist die Erbringung von Rechtsdienstleistungen. Im Rahmen der Erbringung dieser Dienstleistungen können Sie als Mandant gesetzlich verpflichtet sein, unserer Kanzlei Informationen und personenbezogene Daten bereitzustellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des anwaltlichen Mandatsverhältnisses und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Anwaltsvertrages oder die Ausführung konkreter Rechtsbesorgungsgeschäfte ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

9. QUELLE DER PERSONENBEZOGENEN DATEN

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Zuge unserer Mandatsbeziehung von Ihnen oder den unter Ziffer 4 genannten Personen erhalten.

10. ÄNDERUNG DIESER DATENSCHUTZERKLÄRUNG

Diese Datenschutzerklärung ist aktuell gültig und hat den Stand Mai 2019. Durch die Weiterentwicklung unserer Dienstleistungen oder aufgrund geänderter gesetzlicher beziehungsweise behördlicher Vorgaben kann es notwendig werden, diese Datenschutzerklärung zu ändern.